

**Bericht über den Vollzug des Haushalts zum 30. Juni 2007
- Kenntnisnahme**

Beschluss: (einstimmig)

Der Bericht über den Vollzug des Haushalts 2007 (Stand: 30. Juni 2007) wird zur Kenntnis genommen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Vorbemerkung

Mit dem Halbjahresbericht 2007 über den Vollzug des lfd. Haushalts will die Verwaltung den Gemeinderat über die aktuelle Einnahmen- und Ausgabenentwicklung informieren.

Wir beschränken uns auf einen Planvergleich der Haushaltsgruppierungen zum Stichtag. Aussagen der Dienststellen zu evtl. veränderten, geplanten Ergebnissen wurden bei den Betrachtungen berücksichtigt und wesentliche Abweichungen begründet.

Bevor wir auf die aktuelle Entwicklung des lfd. Haushaltsjahres näher eingehen, will die Verwaltung wir das Ergebnis des abgelaufenen Haushaltsjahres 2006 kurz darstellen.

I. Rückblick auf das Haushaltsjahr 2006

Im Haushalt 2006 war der Ausgleich u. a. durch Entnahmen aus Rücklagen (3,9 Mio. €) sowie Darlehensaufnahmen (4,2 Mio. €) eingeplant.

Der Jahresabschluss 2006 könnte auf diese beiden Finanzierungsmittel verzichten und durch eigene Einnahmen ausgleichen. Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 12,0 Mio. € sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 1,2 Mio. € sind hierfür hauptverantwortlich.

Auf der Ausgabenseite kann weiterhin von einer guten Disziplin gesprochen werden.

Dieses positive Ergebnis führt zu folgenden Auswirkungen:

- Verzicht auf die geplante Zuführung (1,3 Mio. €) aus Mitteln des Vermögenshaushalts
- Zuführung zum Vermögenshaushalt mit 11,5 Mio. €
- Verzicht auf Entnahmen Rücklagen und Darlehensaufnahmen
- Zuführung zu den Rücklagen mit 5,3 Mio. €
- Sondertilgung von Bauspardarlehen in Höhe von 1,3 Mio. €
- Bereithaltung von ca. 5 bis 6 Mio. € für die zeitversetzte Anrechnung der Gewerbesteuermehreinnahmen auf die FAG- und Kreisumlage im Jahr 2008.

Fazit zum 31.12.2006:

Als Fazit kann zum 31.12.2006 festgestellt werden, dass der Schuldenstand auf 1,0 Mio. € (26 €/Ew.) abgesenkt und der Rücklagenstand auf 15,8 Mio. € (405 €/Ew.) erhöht werden konnte. Der Stand der Schulden befindet sich auf niedrigstem Niveau seit Neubildung der Stadt Ettlingen im Jahr 1974 und die Rücklagen befinden sich wieder auf gleicher Höhe wie vor dem Gewerbesteuer einbruch im Jahr 2000.

II. Haushaltsjahr 2007

1.1 Verwaltungshaushalt

Ansatz	Einnahme Soll	%	Ausgabe Soll	%
92.559.600 €	63.434.682,03 €	68,5	34.680.353,82 €	37,5

Der um "Innere Verrechnungen" und "Kalkulatorische Einnahmen/Ausgaben" bereinigte Ansatz liegt bei 81,8 Mio. €. Von diesem zu erwartenden Einnahmesoll sind zum 30.06.2007 52,7 Mio. € angeordnet. Dies entspricht einem Prozentsatz von 64,4 v. H.

Das detaillierte Halbjahresergebnis des Verwaltungshaushalts ist aus beiliegender Anlage 1, Seiten 1 und 2 ersichtlich.

Hieraus wurden zum 30.06. wesentliche Einnahme- und Ausgabebereiche wie folgt näher betrachtet:

Gewerbesteuer (Anlage 1, Seite 1)

Das derzeitige, auf das Jahresergebnis hochgerechnete Sollergebnis liegt um 5,1 Mio. € über dem Ansatz und spiegelt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wider.

Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten (Anlage 1, Seite 1)

Die derzeit noch nicht realisierten Einnahmen von 1,0 Mio. € erwarten wir bis Jahresende aus Holzverkaufserlösen (0,3 Mio. €), Mieten (0,2 Mio. €) und eigenen Ingenieurleistungen (0,3 Mio. €).

Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke (Anlage 1, Seite 1)

Mit der Gutschrift folgender Bundes- und Landesmittel im 2. Haushaltsjahr ist zu rechnen:

Zuweisungen Grundbuchratschreiber	0,2 Mio. €
Sachkosten Schulen	1,2 Mio. €
Zuweisungen Volkshochschule, Musikschule, verlässliche Grundschule	0,4 Mio. €
Zuweisungen Kindergärten	0,6 Mio. €
Zuweisung ABM	0,3 Mio. €

Die Planansätze wären damit erreicht.

Zinseinnahmen (Anlage 1, Seite 1)

Die momentan gute Kassenlage erlaubt uns wieder vermehrt Festgeldanlagen, derzeit in Höhe von ca. 27,0 Mio. € im 1 bis 2 Monatsanlagebereich. Ein weiterer positiver Aspekt ergibt sich aus den steigenden Habenzinsen.

Personalausgaben (Anlage 1, Seite 2)

Zum 30.06.2007 sind 9,8 Mio. € angeordnet. Die nach dem Planvergleich vorhandenen Restmittel von 11,3 Mio. € sind ausreichend um die Personalausgaben der zweiten Jahreshälfte zu bezahlen. Hierbei wird von gleich bleibenden Rahmendaten ausgegangen.

Unterhaltung der Grundstücke und des sonstigen unbeweglichen Vermögens (Anlage 1, Seite 2)

Der Bereich der Gebäudeunterhaltung entwickelt sich konstant. Nach der Hälfte des Haushaltsjahres sind ca. 50 % der Mittel verbraucht bzw. für die Großmaßnahmen bereits gebunden. Beeinträchtigungen des Deckungskreises bestehen darin, dass einzelne Großmaßnahmen, wie z. B. Erneuerung einer Heizung, teurer werden können als geplant und diese zusätzlichen Mittel nicht mehr ausreichend aus dem Deckungskreis finanziert werden können.

Zuweisungen und Zuschüsse (Anlage 1, Seite 2)

Zum Stichtag sind 49,6 % oder 4,7 Mio. € ausbezahlt. Da auch die großen Positionen wie z. B. Kindergärten, Kreisdeponie oder ÖPNV ebenso exakt hälftig abgerechnet sind, ist davon auszugehen, dass die verfügbaren Restmittel im 2. Halbjahr ausreichend sein werden.

Umlagen (Anlage 1, Seite 2)

Nach derzeitigem Stand werden bei der Gewerbesteuerumlage Mehrausgaben von 1,1 Mio. € entstehen. Durch die Reduzierung der Kreisumlage ab dem 01.01.2007 auf 28 Prozentpunkte rechnen wir hier mit Minderausgaben von 1,4 Mio. €. Per Saldo kann dieser Bereich ca. 0,3 Mio. € Einsparungen erwirtschaften. Für die FAG-Umlage sind keine Veränderungen bekannt.

1.2 Vermögenshaushalt

Ansatz	Einnahme Soll	%	Ausgabe Soll	%
16.695.380 €	1.003.569,02 €	6,0	-2.090.774,61 €	0,0

Das detaillierte Halbjahresergebnis des Vermögenshaushalts ist aus beiliegender Anlage 1, Seite 3, ersichtlich.

Nähere Ausführungen zu den Investitionen sind aus den beigefügten Anlagen 2 und 3 ersichtlich.

Fazit zum 30.06.2007:

Bei weiterhin planmäßigem Verlauf des Haushaltes im zweiten Halbjahr und unter Berücksichtigung des aktuellen Rückgangs des Gewerbesteuer-Solls von 37,5 Mio. € (Stand 30.06.2007) auf derzeit 37,0 Mio. € und den Umlagen mit 0,3 Mio. € könnte nach derzeitigem Stand mit einer um ca. 4,8 Mio. € höheren Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt gerechnet werden. Letztendlich würde dann auf Rücklagenentnahmen von 3,0 Mio. € verzichtet und die Darlehensaufnahmen auf ca. 1,5 Mio. € (anstatt 3,3 Mio. €) beschränkt werden.

2.0 Schuldenstand

Stand am 01.01.2007	999.069,72 €
Tilgungen bis 30.06.2007	<u>10.030,37 €</u>
Stand am 30.06.2007	989.039,35 € = 25,36 €/Ew.

3.0 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Es sind derzeit seitens der Einleitungsmengen keine Veränderungen bekannt. Daher ist von den geplanten Erlösen auszugehen. Da auch bei dem Schmutzfrachtanteil und den anderen Aufwendungen keine negativen Entwicklungen erkennbar sind, gehen wir von der Planerfüllung aus.

4.0 Ausblick

Nach der aktuellen Mai-Steuerschätzung sind in diesem Jahr für den Staat 534,0 Mrd. € Steuereinnahmen zu erwarten. Dieses Ergebnis wäre ein Plus von ca. 20,0 Mrd. €.

Für die Gemeinden verblieben hiervon Steuermehreinnahmen in Höhe von ca. 2,8 Mrd. € oder ein Anstieg zum Vorjahr um 4,8 Prozentpunkte. In den Folgejahren bis 2011 wird mit durchschnittlichen Steigerungsraten von ca. 4,0 % gerechnet. Der Konjunktur wird eine stabile Entwicklung unterstellt und dem Bruttoinlandsprodukt Steigerungsraten von 2,7 % bis 3,7 % prognostiziert.

Die im Jahre 2008 geplante Unternehmenssteuerreform stellt eine große Unbekannte dar. Die vom Bundesministerium der Finanzen erstellten Berechnungen gehen von kommunalen Steuermindereinnahmen in Höhe von ca. 20 Mrd. € bis 2011 aus. Dies trotz Ersparnissen durch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage.

Abzuwarten bleibt, ob die prognostizierten Steigerungsraten letztendlich die Steuermindereinnahmen aus der Unternehmenssteuerreform ausgleichen können. Eine vorsichtige Betrachtungsweise scheint angeraten. Die Verwaltung rechnet mit einem niedrigeren Planansatz wie in 2007. Genauere Aussagen sind erst nach Bekanntwerden der tatsächlichen Auswirkungen möglich. Diese können dann in den Haushalt 2008 einfließen. Als Hypothek der Haushalte 2008 und 2009 sind die höheren FAG- und Kreisumlagen aus den Gewerbesteuermehreinnahmen 2006 und 2007 in Höhe von ca. 6 bis 7 Mio. € zu berücksichtigen.

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer wird auch für 2008 positiv gesehen. Wir gehen nach 2006 und 2007 im Jahr 2008 von einem weiteren Anstieg der Verteilersumme von 3,7 Mrd. € auf dann 3,8 Mrd. € aus. Die hieraus resultierenden Mehreinnahmen 2008 in Höhe von ca. 0,5 Mio. € sind bereits in der Finanzplanung berücksichtigt.

Insgesamt sollte uns diese Vorausschau nicht vor den zukünftigen Ausgabeschwerpunkten, wie

- Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
- Schulen, Ganztagesbetreuung
- Kinder-, Jugend- und Seniorenförderung
- Verringerung des Investitionsstaus, u. a. Schloss, Verwaltungsgebäude

und deren Finanzierbarkeit ablenken. Vielmehr sollten wir uns auch wieder an den Grundsatz des „antizyklischen Verhaltens“ und daran erinnern, dass nicht alles, was irgendwie wünschenswert erscheint, auch realisiert oder finanziert werden muss.

Für alle Mitglieder des Gemeinderats sind die im Text genannten Anlagen 1 bis 3 beigelegt.

- - -

Oberbürgermeisterin Büssemaker erklärt, dass sich die Steuereinnahmen nach der Erstellung dieser Vorlage bereits wieder verändert hätten – dieses Mal jedoch negativ.

Stadtoberamtsrat Schlee erläutert, dass der Haushaltsplan 2006 von einer Finanzierung durch Rücklagenentnahmen und Darlehensaufnahmen ausgegangen sei. Bedingt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer sowie beim Anteil an der Einkommenssteuer, konnte jedoch auf dieses geplante Finanzierungsmittel verzichtet werden. Er fügt hinzu, dass sich im Ergebnis eine Zuführung zu den allgemeinen Rücklagen ergeben habe und der Stand zum 31.12.2006 somit bei 15,8 Mio. € liege. Er führt weiter aus, dass hiervon fünf bis sechs Mio. € für zeitversetzte Anrechnung der Gewerbesteuermehreinnahmen auf die FAG- und Kreisumlage bereitgehalten werden müssten. Zum 30.06.2007 könne festgestellt werden, dass ca. 68 % der Einnahmen und ca. 38 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes kassenwirksam verbucht werden konnten.

Aktuell ist noch auf den Rückgang der Gewerbesteuer um zwei Mio. € gegenüber dem Stichtag 30.06.2007 hinzuweisen. Hierdurch sei auch die Schwierigkeit bei der Beurteilung der Gewerbesteuerzahlen zu erkennen. Auf dem für alle Gemeinderäte ausgeteilten Schaubild seien die Schwankungen nachvollziehbar aufgezeigt. Der aktuelle Rückgang rühre von Herabsetzungen der Vorrauszahlungen im dritten Quartal her – hierauf habe die Kommune jedoch keinen Einfluss. Die Verwaltung gehe jedoch zum Jahresende von einem um drei Mio. € höheren Ergebnis aus. Er weist jedoch darauf hin, dass die positiven konjunkturellen Tendenzen auch nicht vor Ettligen halt machen würden. Die Verwaltung gehe weiterhin davon aus, dass die geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt um ca. drei Mio. € höher ausfallen könnte. Hierbei werde unterstellt, dass das Gewerbesteuer-Soll bei rund 35,5 Mio. € abschließe und die hieraus resultierenden Mehrausgaben der Gewerbesteuerumlage durch die Minderausgaben der Kreisumlage ausgeglichen würden. Letztendlich könne dann auf die geplanten Entnahme der Rücklagen verzichtet und die Darlehensaufnahmen geplant realisiert werden. Beim Vermögenshaushalt hingegen, gehe man von einem planmäßigen Verlauf aus. Er betont, dass man die Ausmaße der Unternehmenssteuerreform ab 2008 auf die kommunalen Steuereinnahmen noch nicht kenne.

Stadtrat Foss ist erfreut darüber, dass die Zahlen für das Jahr 2006 fantastisch sind und man von der ursprünglich geplanten negativen Zuführungsrate eine positive verzeichnen könne. Er erläutert das in der Vorlage aufgeführte Fazit zum 31.12.2006. Seiner Ansicht nach sei der anhaltende konjunkturelle Anstieg festzuhalten – er selbst sei gegenüber den negativen Erwartungen stets skeptisch gewesen. Die Oberbürgermeisterin habe gesagt, dass die Zuführungsraten in den nächsten Jahren bei null liegen würden. Ebenso habe die Oberbürgermeisterin bereits den Finanzrahmen für die Schlosssanierung in Höhe von neun bis elf Mio. € festgesetzt. Dies sei seiner Auffassung nach nicht geschickt gewesen, da der Gemeinderat noch nicht einmal über die Konzeption entschieden habe. Die CDU-Fraktion sei für ein neues Nutzungskonzept und ein Bürgerschloss, dessen Kosten zum jetzigen Zeitpunkt zahlenmäßig noch nicht prognostiziert werden könnten. Er plädiert dafür, dass die Stadtteile nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Stadtrat Deckers stellt klar, dass die Vorlage Anlass gäbe, sich bei der Verwaltung zu bedanken, da die Ausgaben beschränkt worden seien. Er verweist auf das Ende der Verwaltungsvorlage, in der die zukünftigen Ausgabenschwerpunkte dargestellt sind und dass er es nicht so sehe, dass die Verwaltung einen Investitionsstau habe und alle Gebäude gleich behandelt werden müssten.

Stadtrat Lorch informiert, dass die Zuführungsrate von 6,1 Mio. € auf elf Mio. € gesprungen sei. Ebenso sei das Gewerbesteuer-Soll von 32,5 Mio. € auf 37,5 Mio. € angestiegen.

Er ergänzt, dass somit die „Sparbuchabhebung“ entfallende und die Kreditaufnahmen von 3,3 Mio. € auf 1,5 Mio. € reduziert werden könnten. Der prognostizierte Schuldenstand von 100 € pro Einwohner würde derzeit bei 25 € pro Einwohner liegen und die Stadt Ettlingen würde 1,4 Mio. € vom Kreis zurück erhalten. Zusammenfassend stellt er fest, dass die Bilanz für das Jahr 2006 sehr gut sei und nun die Begehrlichkeiten kanalisiert und gerecht verteilt werden müssten. Er stimmt für die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Stadträtin Saebel weist darauf hin, dass die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform 2008 noch nicht bekannt seien. Ebenso würden große Ausgaben im Vermögenshaushalt, wie beispielsweise die Schlosssanierung, die Verlagerung der Feuerwehr, etc. noch kommen. Auch habe der Gemeinderat im Bereich des Verwaltungshaushalts Beschlüsse gefasst, wie z. B. Kleinkindbetreuung und Ganztageschule, die in den nächsten Jahren noch Folgekosten mit sich bringen würden. Sie erinnert an die Aussage der Verwaltung, die an den Grundsatz des antizyklischen Verhaltens erinnert und nicht alles was irgendwie wünschenswert erscheint auch realisiert oder finanziert werden müsse.

Stadträtin Lumpp ist der Meinung, dass von den fünf Mio. € die Kosten für das Schloss und die Schulen abgezogen werden müssten und man weiterhin Investitionen im Bereich des Abwasser und der Feuerwehr tätigen müsse und dann von dem Geld nicht mehr viel übrig bleibe. Sie betont, dass sie die vorsichtige Haltung des Kämmers unterstützen würde.

Stadtrat Künzel schließt sich dem an und unterstützt ebenso die vorsichtige Haltung der Verwaltung. Seiner Meinung nach müssten die Gelder auch an die Leute direkt weitergegeben werden und der Gemeinderat dürfe keine Prestigeobjekte damit finanzieren.

Oberbürgermeisterin Büsselmeier stellt klar, dass sie in der Presse ihre persönliche Vorstellung zum Schloss weitergeben haben. Sie erläutert weiter, dass sie in den letzten Haushaltsberichten dargestellt habe, dass durch die Umfirmierung einer Firma nicht eingeplante Gelder eingegangen wären, dies jedoch keine dauerhafte Einnahme sei. Sie unterrichtet, dass man in die Schulen jährlich acht Mio. € investiere, jedoch in das Ettlinger Schloss in drei Jahren zehn Mio. €.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.